

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 267 B

BERLIN • Sonnabend, den 12. November 1932

1. JAHRGANG



Keinerlei Kompromisse! Nieder mit Papen und Genossen!

Die Grundlage.

W-er. Es muß Wunder nehmen, daß die Marxsche Erkenntnis des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft trotz ihrer verhältnismäßigen Einfachheit bisher wenig in das Bewußtsein der Allgemeinheit gedrungen ist und also auch nicht für die Willensbildung und -richtung der Mitglieder der unterdrückten Klasse bestimmend wurde. Der Grund für diese zunächst unerklärlich anmutende Tatsache liegt in der planmäßigen und gezielten Verfälschung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die herrschende Klasse, die es immer wieder verstanden hat, mit Hilfe von Kirche, Schule, Presse, Film und Radio selbst solche Menschen vor ihren Wagen zu spannen, deren wahre und wohlverstandene Interessen in völlig anderer Richtung laufen.

Je sicherer die herrschende Klasse sich fühlt, je sicherer ihre ökonomische Lage ist, ihre geistige Beherrschung der Unterdrückten, um so äußerlich großzügiger kann sie sein in der Gewährung bestimmter Freiheiten. Und je eher kann sie den Eindruck vortäuschen, daß in der von ihr beherrschten Klassengesellschaft rechtliche Verhältnisse vorliegen. Je mehr aber ihre ökonomische Stellung, ihre ideologische Herrschaft erschüttert wird, um so schärfer treten die reinen Klassengegensätze hervor.

Die Notwendigkeit eines neuen Schwindels.

In einer solchen Situation leben wir augenblicklich. Das Unvermögen der bürgerlichen Gesellschaft, eine auch nur einigermaßen gerecht aussehende Ordnung aufrechtzuerhalten, hat die beiden Lager der Gesellschaft deutlich getrennt, so deutlich, daß sich das Schlagwort von der „hauchdünnen Schicht“ schnell überall durchgesetzt hat, womit gemeint ist, daß die eigentlichen Herrscher nur einen zahlenmäßig ungeheuer geringen Teil des Volkes ausmachen. Der einzige Weg, die bürgerliche Gesellschaft zu retten, ist also der eines groß angelegten neuen Täuschungsmanövers. Der Hauptschwindel für eine solche Aktion, der bisher immer noch Anklang gefunden hatte: das Geschwätz über eine angebliche Volksgemeinschaft beginnt langsam an Wirksamkeit zu verlieren. Jeder weiß, daß diese „Volksgemeinschaft“ inzwischen durch die Herren von Papen, von Schleicher und von Soundso beschränkt worden ist auf die „nationale Konzentration“, wozu Kommunisten, Juden und Freidenker (kurz „Bolschewisten“ genannt), mindestens nicht gehören.

Deutsche Führerbriefe.

Wie klar die führenden Männer der herrschenden Klasse ihre Aufgabe sehen: einen Teil der Unterdrückten zu korrumpieren, zeigen die „Deutschen Führerbriefe“ (eine von einem ehemaligen Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie herausgegebene Privatkorrespondenz). Sie gelangen in einer ihrer jüngsten Ausgaben zu dem Schluß, daß es notwendig sei, neben der Waffe des Militärs Schichten an das Bürgertum zu binden,

„die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volk zu verankern und dadurch deren eigentlicher und letzter Träger zu sein. Dieser letzte oder „Grenzträger“ der bürgerlichen Herrschaft war in der ersten Periode der Nachkriegskonsolidierung die Sozialdemokratie“. Die „Führerbriefe“ wissen ganz genau:

„Die notwendige Bedingung jeder sozialen Rekonstruktion (Wiederbefestigung) der bürgerlichen Herrschaft ist die Spaltung der Arbeiterschaft. Jede geschlossene, von unten hervorwachsende Arbeiterbewegung müßte revolutionär sein, und gegen sie wäre diese Herrschaft dauernd nicht zu halten, auch nicht mit den Mitteln der militärischen Gewalt.“

Diese unheimlich zynischen Bekenntnisse einer nicht schönen Seele zeigen an anderer Stelle auch die Möglichkeit, die Arbeiterschaft dadurch zu spalten, daß man einen Teil in sozial bessere Stellungen bringt, um dadurch die schlechter Gestellten in politischen und anderen Gegensatz zu den „Gebobenen“ zu bringen.

Der Schreiber der „Führerbriefe“ ist sich durchaus klar, daß versucht werden muß, die Gewerkschaften zu ködern:

„Entweder man gliedert ... die Gewerkschaften durch eine neuartige politische Verklammerung in eine berufsständische Verfassung ein (also in eine italienisch-faschistische, Red.); oder man versucht, sich umgekehrt auf den arbeitslosen Teil zu stützen, indem man für ihn unter dem Regiment einer Arbeitsdienstpflicht einen künstlichen Sektor der Wirtschaft organisiert.“

Sozialistische Einheitsfront in Genf und Lausanne

Das Ansehen der internationalen Konferenzstadt.

Die Schweizer Behörden sind aufs tiefste erschüttert über die Unruhen in Genf, die für die sonst so ruhige Schweiz, in der sich fast das gesamte politische Leben in derselben Langeweile abspielt, wie die Verhandlungen des Völkerbundes in Genf, etwas vollkommen Ungewöhnliches sind. „Derartige Vorkommnisse gefährden das Ansehen der Schweiz und insbesondere die Stellung Genfs als internationale Konferenzstadt schwer“, so erklären die entsetzten Bürokraten, und der Bundesrat hat es nicht versäumt, seine Mitglieder telephonisch zusammenzutrommeln.

Die Truppen, die mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Genf und anderen Orten, in denen es zu Unruhen gekommen ist, beauftragt worden sind und am Donnerstag aus anderen Städten Verstärkung erhalten haben, werden als im aktiven Dienst stehend betrachtet. Das bedeutet mit anderen Worten, daß

über Genf der Ausnahmezustand verhängt

worden ist und das Militärstrafgesetzbuch Geltung hat. Öffentliche Versammlungen sind verboten.

Bei Gelegenheit der Schießerei in Genf hat sich wieder gezeigt, daß die Arbeiter keinerlei Vorteil davon haben, wenn statt der Schupo oder des stehenden Heeres Miliztruppen gegen die Arbeiter eingesetzt werden: die jungen Rekruten, die am Mittwochabend gegen die Arbeiter auf die Straße geschickt worden sind, haben einfach die Nerven verloren und blind darauf losgeschossen. 12 Arbeiter sind dabei ums Leben gekommen, darunter nur 3, ein Kommunist, ein Sozialdemokrat und ein Anarchist, die mit der Demonstration überhaupt etwas zu tun hatten.

Auch in Lausanne kam es am Mittwochabend zu Unruhen: Eine sozialdemokratische Kundgebung wurde von Reaktionären durch Stinkbomben gestört, sodaß der Saal geräumt werden mußte. Daraufhin kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten einerseits und Polizisten andererseits.

Das Zustandekommen der Einheitsfront.

Das Bemerkenswerteste an den Vorfällen in Genf und Lausanne ist die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich in beiden Fällen bemerkbar machte. Es war nicht nur so, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Partei gemeinsam kämpften:

auch die Führer der beiden Parteien hatten sich verständigt und arbeiteten Hand in Hand.

In Genf ist diese Einheit in der Arbeiterbewegung nicht zuletzt dem sozialdemokratischen Führer Nicole zu verdanken, der Abgeordneter und Redakteur der „Travail“, einer der linken sozialistischen Zeitungen der Schweiz, ist. Dazu kommt noch ein anderer Umstand: Im Kanton Genf ist ein Gesetz erlassen worden, durch das Kommunisten von der Vertretung in den demokratischen Einrichtungen ausgeschlossen sind. Dadurch ist zwangsweise die von uns in Deutschland so viel propagierte

Listerverbindung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten

in Genf zustande gekommen: die Kommunisten haben stets für die SP gestimmt. Die Wahlpropaganda für die gleiche Liste hat andere gemeinsame Aktionen der beiden Parteien zur Folge gehabt. Außerdem hat sie dazu geführt, daß die SP-Politik in Genf besonders links ist, so links, daß die Schweizer SP-Führer diese Politik stets mit großem Unbehagen verfolgten und oft nicht gebilligt haben.

Nicole verhaftet.

Für den Augenblick ist in Genf die „Ordnung“ wiederhergestellt worden. Nicole ist bereits verhaftet worden

und wegen Gefährdung der Staatssicherheit und der Auforderung zum Aufruhr angeklagt worden. Daß er Abgeordneter und daher im Besitz der Immunität ist, hat die Behörden bei ihrem Vorgehen nicht gestört.

Die Behörden freuen sich besonders, Nicole etwas anhaben zu können, da er einflußreiche Genfer Kreise, die in eine Betrugsaffäre verwickelt gewesen sind, öffentlich sehr scharf anprangerte. Er ist deswegen schon verschiedene Male wegen Beleidigung zu Geldstrafen verurteilt worden und die Versammlung der „Nationalen Union“, die zu der Schießerei Anlaß gab, war zur Hetze gegen Nicole und seinen Kollegen Dicker veranstaltet worden. Gegen die beiden kommunistischen Führer Lebet und Trousset ist Haftbefehl erlassen worden. Es ist aber der Polizei bisher nicht gelungen, sie zu verhaften.

Obwohl die Ruhe in dem Sinne wiederhergestellt worden ist, daß die Polizei ihren Gummiknüppel ruhen läßt, ist die Erregung bei der Schweizer Arbeiterschaft groß. In Lausanne hat bereits am Donnerstag ein

vierstündiger Generalstreik

stattgefunden. Die Arbeiter erwarten jedoch einen

Generalstreik in der ganzen Schweiz

zum Protest gegen das Vorgehen der Behörden und vor allem der Offiziere, die Befehl zum Schießen gegeben haben. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei haben sich mit der Haltung von Nicole solidarisch erklärt. Sie werden gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern entscheiden, ob sie den Generalstreik ausrufen werden. Die Transportarbeiter und Bauarbeiter haben bereits beschlossen, dem Aufruf zum Generalstreik sofort Folge zu leisten.

Der Verband der Chauffeure hat die Behörden davon in Kenntnis gesetzt, daß keines seiner Mitglieder sich am Transport von Militär beteiligen würde.

Die Behörden setzen ihre ganze Hoffnung darauf, daß die Sozialdemokraten den Generalstreik verhindern.

Trauer statt Protest.

Leider war diese Hoffnung berechtigt. Die Schweizer Führer der SP und der Gewerkschaften haben beschlossen, nicht zum Generalstreik aufzurufen,

sondern stattdessen den Sonnabend, an dem die Opfer des 9. November beerdigt werden, zum Trauertag zu erklären. Der Arbeiterschaft bleibt es freigestellt, die Arbeit während der Beerdigung einzustellen. Der Beschluß wird damit begründet, daß die Arbeiterführer ein neues Blutvergießen verhindern wollen.

Warum sollte es anläßlich eines Generalstreiks zum Blutvergießen kommen? Während des vierstündigen Proteststreiks, den die Lausanner Arbeiter veranstaltet haben, kam es zu keinerlei Zwischenfällen. Man bekämpft doch die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse nicht dadurch, daß man eine Protestaktion in eine Trauerkundgebung umwandelt, nur um die Herren nicht noch mehr zu reizen!

Die Stellung des „Vorwärts“ zu dem Kampf der Schweizer Arbeiter übertrifft noch — wenn das überhaupt möglich ist — seine arbeiterfeindliche Haltung beim Berliner Verkehrsstreik. Obwohl die Schweizer Sozialdemokraten, also die Parteigenossen der Redakteure des „Vorwärts“, den Kampf unterstützen, genügen für diese schon die zwei Tatsachen: daß dort gekämpft wird und daß die Einheitsfront besteht, um die ganze Aktion abzulehnen. Hier nur einen Satz:

„Das Zusammengehen mit den Bolschewisten und die Anwendung ihrer Methoden hat die von einem Nationalbolschewisten verhetzte Genfer Arbeiterschaft bisher 12 Todesopfer und 40 Verwundete gekostet.“

Die Rolle, die von der Sozialdemokratie mehr und mehr befreiten, wenn auch noch immer viel zu fest an sie gebundenen freien Gewerkschaften zu korrumpieren, weist der „Führerbrief“-Schreiber den Nationalsozialisten zu:

„Wenn es dem Nationalsozialismus gelänge ... die Gewerkschaften in eine gebundene Sozialverfassung einzubringen, so wie die Sozialdemokratie sie früher in die

liberale eingebracht hat, so würde der Nationalsozialismus damit zum Träger einer für die künftige bürgerliche Herrschaft unentbehrlichen Funktion.“

Die „Führerbriefe“ schlagen dann noch mit großer Offenherzigkeit vor: „Für den Abbau der Sozialpolitik holt man sich, wenn man kluge Staatspolitik treiben will, einen Gewerkschaftsminister, der ein Kapital von Vertrauen bei der

Arbeiterschaft einzusetzen hat und ihre Sprache spricht. Das trifft auf den jetzigen Arbeitsminister, aber nicht zu."

Die Gewerkschaften am Scheidewege.

Die Gewerkschaften und damit der heute größte Teil der links organisierten Arbeiterschaft stehen an einem Punkt ihrer Entwicklung, der für die gesamte Arbeiterschaft von ungeheurer Bedeutung ist. Die in der Tat äußerst wacklige Herrschaft des Bürgertums mit einem Schlage zu brechen, wäre möglich, wenn

die Führung der freien Gewerkschaften beherzt von allen offensichtlich verlogenen oder objektiv unbrauchbaren Koalitionen zurücktreten würde und die einzige vorbereitete, die für den Sieg der Arbeiterschaft in Frage kommen kann: die Koalition der sozialistischen Arbeiter.

Dazu rechnen wir im weitesten Sinne die SPD und KPD, deren gemeinsames Arbeiten die Leitung der freien Gewerkschaften durch eine kluge und entschiedene Politik erzwingen müßte: eine entschlossene und zielichere Verfolgung der Arbeiterinteressen durch die freien Gewerkschaften nähme jeder Arbeitergruppe einfach die Möglichkeit, sich der Beteiligung am Kampf um diese Interessen zu versagen — bei Strafe ihrer politischen Vernichtung! Freilich wäre dazu eine andere Haltung nötig, als zum Beispiel der „Gesamtverband“ sie anlässlich des Streiks der BVG-Arbeiter bewies. Wir kennen die besonderen Gründe, der Gesamtverbandsleitung nicht, glauben sie aber darin zu sehen, daß sie fürchtete, durch ihren Radikalismus unüberschaubare Komplikationen für den politischen Kampf heraufzubeschwören. Solche Komplikationen sind in der Tat in der heutigen Zeit nicht zu vermeiden, — und das ist gut so! Die Arbeiterschaft ist durch die Jahrhundert- und Jahrtausende ein bloßes Objekt der Ausbeutung durch eine „hauchdünne“ Schicht gewesen und hat selten die Gelegenheit gehabt wie jetzt, in organisierter Form ihrem geschwächten Gegner entgegenzutreten. Wir halten die Gründe gegen eine Einheitsaktion, wie wir sie hier erörtert haben, durch die Bank für erwägenswert, aber keinen der vorgebrachten für durchschlagend.

Aufbruch zur Selbstbestimmung!

Aufhäuser, der führende Angestelltengewerkschaftsfunktionär hat im „Vorwärts“ einen Aufsatz geschrieben, der uns gegenüber früheren Äußerungen gerade dieses Organs der Arbeiterschaft einen Fortschritt darzustellen scheint. Er schreibt zum Beispiel:

Simon nimmt Neurath beim Wort.

Abrüstungsaussprache im englischen Unterhaus.

Die große Abrüstungsaussprache im englischen Unterhaus wurde durch einen Vorstoß der englischen Arbeiterpartei eingeleitet: Die englische Opposition verlange Gleichberechtigung, aber keine Wiederaufrüstung; sie verlange qualitative Abrüstung auf der Grundlage der Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Bedingungen.

Simon ging in seiner ausführlichen Entgegnung zunächst auf die Notwendigkeit ein, die von Deutschland aufgeworfenen Fragen im Rahmen einer Konferenz der betroffenen Großmächte anzuschneiden. Bei der Behandlung der Fragen gelte es dann, die Schaffung eines dauernden Friedens im Auge zu behalten: „Ich spreche mit der Autorität der englischen Regierung, wenn ich betone, daß England stets bereit und bemüht ist, sich den anderen in Genf vertretenen Regierungen, einschließlich Deutschlands, bei der Aufstellung einer Rüstungsvereinbarung anzuschließen, die dieser Forderung (eines dauernden Friedens) billiger Weise entsprechen würde. Die englische Regierung glaubt, daß gleichzeitig mit einem gerechten Entgegenkommen gegenüber Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Versicherung vereinigen sollten, daß sie unter keinen Umständen versuchen würden, irgend welche gegenwärtigen oder zukünftigen Meinungsverschiedenheiten unter sich auf dem Wege der Gewalt lösen zu wollen.“ Unter dieser Bedingung, so sei die Meinung seiner Regierung, solle man der deutschen Forderung entgegenkommen, und zwar in den folgenden drei Punkten:

„Die Erkenntnis, daß sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter nur noch auf sich selber und ihre eigene Kraft gestellt sind, und unter Lösung aller Bindungen an die Regierungsgewalt im Reich eine konsequente Opposition gegen die herrschende Staatsmacht treiben müssen, wird den Willen zur Macht, zur Einheit und zum Sieg der Massen wecken.“

So müssen Selbsthilfe und Selbstbesinnung den Ausgangspunkt künftiger Aktivität der Deutschen Sozialdemokratie bilden.“

Das scheint auch uns nötig zu sein. Eine Ueberprüfung der bisherigen Taktik und auch der Grundsätze des Kampfes gegen die Reaktion ist unerlässlich. Diese Selbstbesinnung muß allerdings nicht nur für die jeweils eigene Partei durchgeführt werden, sondern nach der Erörterung der gegebenen Lage in den einzelnen Parteien müßte endlich einmal eine

gemeinsame Selbstbesinnung der sozialistischen Arbeiterschaft im Kreise ihrer Funktionäre durchgeführt werden.

Uns scheint der Hinweis Aufhäusers auf die „eigene Kraft der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter“ wichtig; denn es mehren sich bereits die Stimmen aus dem Zentrums- und christlichen Gewerkschaftslager, die die Sozialdemokratie in eine neue Mischehe mit dem sonst für Mischehen nicht begeisterten Zentrum gewinnen möchten. Diese Mischehe, die unter dem irreführenden Namen einer Sammlung der „staatsertreuenden“ oder „arbeitswilligen“ Kräfte propagiert wird, ist bisher nur für den schwarzen Ehepartner fruchtbar gewesen. Es ist eine alte Übung des Katholizismus, Mischehen nur dann zu sanktionieren, wenn wenigstens die Kinder daraus katholisch werden. Dieser Anforderung hat die Ehegemeinschaft Zentrum-SPD leider immer genügt. Es scheint uns für eine Arbeiterpolitik unerlässlich, die Sozialdemokratie durch eine zwar radikale, aber sorgfältige und besonnene Politik der KPD und durch eine ebenfalls radikale und entschiedene Arbeit der freien Gewerkschaften zu nötigen, wenn auch vielleicht mit leiser Wehmut auf ihren langjährigen Koalitionsfreund endgültig zu verzichten und sich an ihre Klassengenossen zu erinnern, damit endlich wieder statt des Streits innerhalb der Arbeiterschaft ein gemeinsamer Kampf der Arbeiter gegen ihre Klassengegner, damit endlich wieder von linker Seite aus ein organisierter Klassenkampf, ein Kampf um den Sozialismus möglich ist.

1. Die Rüstungsbeschränkungen für Deutschland sollten, wie Deutschland es fordere, in derselben Vereinbarung enthalten sein wie die Rüstungsbegrenzungen der anderen Staaten. Abschnitt V des Versailler Vertrages sollte also abgelöst werden.

2. Die neuen Bestimmungen für die Rüstung Deutschlands sollten denselben Revisionsmethoden und derselben Dauer unterliegen wie die Bestimmungen für alle anderen Regierungen.

3. Deutschland habe erklärt, daß es nicht wieder aufrüsten wolle, sondern lediglich die Anerkennung des Grundsatzes wünsche, daß die den anderen Ländern erlaubten Waffengattungen nicht ihm selber verboten seien. Dieser Grundsatz solle in der neuen Vereinbarung anerkannt werden. Wie er anzuwenden sei, müsse in Genf erörtert werden.

Die englische Regierung melde neben diesen Zugeständnissen zwei Forderungen an:

I. Eine Erhöhung der Rüstungen komme auch im Rahmen der Gleichberechtigung nicht in Frage.

II. Die praktische Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung könne nicht mit einem Schlage durchgeführt werden. Es sei ein praktisches Programm notwendig, das sich in verschiedenen Stufen abspielt, wobei jede folgende Stufe durch die vorhergehende vorbereitet sein müsse.

In der Aussprache unterstützte Chamberlain die Forderungen Simons. Sowohl in diesen Richtlinien wie in dem Plan Herriots sei die Bereitschaft ausgesprochen, den Vertrag mit Deutschland zu revidieren. Es sei an Deutschland, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß es die Gleichberechtigung nicht etwa deshalb suche, um den Krieg vorzubereiten, sondern nur, um sich vor dem Kriegsrisiko zu

Spitzen der Gesellschaft, darunter der Bischof von Orléans und ein anderer Bischof, 12 Generäle und mehrere Senatoren, der große Automobilfabrikant Peugeot, François Coty, der Parfum- und Zeitungskönig, der aus der Verdummung der Öffentlichkeit Reichthümer ansammelt und Sapène, der Chefredakteur des „Matin“, der jedoch bestreitet, Betrügereien vorgenommen zu haben. Außer einem Senator hat sonst niemand der von Albert in Beschuldigten ein Dementi veröffentlicht.

Die Debatte in der Kammer ging recht lebhaft zu. Die Sozialisten zeigten nicht das geringste Verständnis für den Wunsch, den die an der Betrügerei Beteiligten und ihre Freunde verständlicherweise hegen, die Sache „diskret zu behandeln“. Sie forderten die Veröffentlichung der Namensliste der 2000 und ihre scharfe Bestrafung. Herriot schloß sich dieser Forderung an. Daraufhin wurde eine von den Sozialisten eingebrachte Resolution einstimmig gegen die Stimmen der KP angenommen — denn hätten die Rechtsparteien dagegen gestimmt, so wäre es zu offensichtlich dokumentiert gewesen, wo die Schuldigen saßen!

Vom Streit zwischen Danzig und Polen.

Die polnische Regierung hat kürzlich gefordert, daß ab 1. Dezember die polnischen Eisenbahnen nur noch polnische Währung annehmen. Auf das energische Drängen der Danziger Behörden, die gegen diese Maßnahme protestierte, hat der Völkerbundskommissar Rosting durchgesetzt, daß dieser Punkt auf der am 21. November beginnenden Ratsagung verhandelt wird.

Der Danziger Senat hat beschlossen, die in Thorn hergestellte Danziger polnische Zeitung „Gazeta Gdanaska“ auf die Dauer von zwei Jahren für den Danziger Freistaat zu verbieten. Diese Maßnahme stützt sich auf das Danziger Pressegesetz, in dem es heißt, daß im Ausland hergestellte Zeitungen, die im Laufe eines Jahres zweimal gerichtlich in Danzig bestraft worden sind, auf die Dauer von zwei Jahren verboten werden können.

Das badische Konkordat.

Eine politische Grotteske.

I. Akt.

Zum Konkordate unterzeichnen sich Klöster ganz besonders eignen.

Nach dem üblichen Kuhhandel mit den Fraktionen hatte die badische Regierung unter Zustimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder, auch der SP und der DVP, das Konkordat soweit vorbereitet, daß es am 12. Oktober in Kloster Hegno von Pacelli einerseits und von dem Unterrichtsminister andererseits unterzeichnet und als Vorlage für den badischen Landtag bereitgestellt wurde.

II. Akt.

Die SPD-Fraktion es frist, weil es ja völlig harmlos ist.

Der Inhalt des Konkordats wurde streng geheimgehalten. Die Veröffentlichung sollte bis nach den Reichstagswahlen verschoben werden, vermutlich mit Rücksicht auf die SP, für die eine Verteidigung des Konkordates während der Wahlpropaganda eine zu schwere Belastung gewesen wäre, zumal selbst die Parteipresse opponierte. Nur die Zentrumspresse, die den Sieg schon in der Tasche zu haben glaubte, verabschiedete dem Landtage eine Ohrfeige:

„Es ist zu hoffen, daß der Landtag dem zu Hegne fertiggestellten Vertrag seine Zustimmung nicht versagen wird. Eine Aenderung des Vertragswerkes durch den Landtag ist jetzt nicht mehr möglich. Dem Landtag obliegt die Annahme oder Ablehnung des ganzen Konkordates.“

Ein SP-Parlamentarier wollte seinen erregten Parteigenossen weismachen, daß das badische Konkordat nichts anderes aufweisen werde, als was das Land schon seither an Verpflichtungen der katholischen Kirche gegenüber geleistet habe; es sei auch nichts darin enthalten, was vom kulturellen und politischen Standpunkt der SP, aus nicht gebilligt werden könnte.

III. Akt.

Weil einer Mut zur Wahrheit hat, kriegt Baden jetzt kein Konkordat.

Der bekannte Schulpolitiker und Führer der Badener Lehrerschaft, Schulrat Hofheinz (Heidelberg), stellt am 15. Oktober im Mitteilungsblatt der Staatspartei an seinen Parlamentskollegen von der SP 12 Fragen, aus denen hervorgeht, daß durch das Konkordat die katholische Kirche Rechte auf die Hochschule bekommt, der Staat zu erheblichen Zahlungen verpflichtet, der Religionsunterricht verankert wird, während Schutzbestimmungen für Lehrer, die den Religionsunterricht niederlegen und für Eltern, die ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden, darin nicht enthalten sind. Die Öffentlichkeit war hierdurch zum Entsetzen des Zentrums mobil gemacht. Die Badener Schulzeitung stützte die Behauptungen, die in den Fragen von Hofheinz lagen, dadurch, daß sie den Vertragsentwurf für die evangelische Kirche, der entsprechend dem Konkordat aufgestellt war, veröffentlichte. Man konnte also nicht mehr behaupten, daß gar nichts zu fürchten sei.

IV. Akt.

Zwecks Stimmfangs-Wahlpolitik zieht sich die SPD zurück.

Am Montag, dem 24. Oktober, tagten in Baden die gemeinsamen Parteiausschuß und Landtagsfraktion (der SP) ... Sie haben nach sorgfältiger Prüfung der politischen Situation beschlossen, den von der Regierung in Aussicht genommenen Konkordaten die Zustimmung zu versagen.“

Das Zentrum tobt. Es schreibt:

„Es hat sich bei uns in Baden noch bei jeder kulturpolitischen Frage gezeigt, daß die Sozialdemokratie immer wieder hinüberschießt zu Herrn Hofheinz, und wegen jedes Augenzwinkern von dieser Seite zusammenschrickt.“

Man gibt Hofheinz in der Zentrumspresse den Rat, sich als ein Politiker von Format heute um wichtigere Aufgaben in unserem armen Vaterlande zu kümmern als sich mit kulturkämpferischer Wühlarbeit zu befassen. Deutlicher kann es seiner ohnmächtigen Wut nicht Ausdruck geben!

V. Akt.

Die Volkspartei will nicht allein die Helferin des Zentrums sein.

Es wird berichtet, daß auch die Deutsche Volkspartei, nachdem sich die Sozialdemokratische Partei vom Konkordatsabschluß völlig zurückgezogen habe, bei der Verabschiedung nicht mitwirken werde.

Vermutlich hat Baden nun eine Kabinettskrise. Es lohnt sich um den Gegenstand.

Die Lehren dieser Vorgänge.

1. Die SPD ist trotz aller schlechten Erfahrungen zu jedem Kuhhandel bereit; sie gehört nicht zu der Front derer, die eine freie Kulturpolitik ernsthaft wollen.

2. Weil jemand es wagt, eine geheim ausgebraute Sache vorzeitig zu veröffentlichen, müssen große Parteien dem Druck der Massen nachgeben. Ähnliches hat sich vor Jahren bei der unerlaubten Veröffentlichung des Schiele'schen Reichsschulgesetzentwurfes durch die „Hamburger Lehrzeitung“ ereignet.

3. Wenn ein Politiker frei ist von Bindungen — wie Hofheinz dank der Nichtbeteiligung der Staatspartei an der Regierung —, dann kann er die Suppe, die eine Anzahl Sudelköche bereitet haben, leicht ausschütten.

4. Das Erfreulichste: es gibt in der deutschen Lehrerschaft noch mutige Menschen, die, wie Hofheinz in Baden und Tittel in Westfalen, ohne Rücksicht auf ihre Stellung (Schulräte) für Geistesfreiheit kämpfen. (Tittel veranlaßte die Lehrer zu der Erklärung, im Falle der Einsichtnahme in den Religionsunterricht diesen niederzulagen.)

Wir wünschen, daß solche Männer Einfluß gewinnen auf die Leitung des Deutschen Lehrer-Vereins, von der bisher kein Kampf gegen die Kulturreaktion zu spüren ist.

Klara Doppe.

In Erwartung der Anhebung der Prohibition haben amerikanische Gerichte bereits begonnen, bei Vergehen gegen die Prohibitions-gesetze Strafaussetzung vorbehaltlich der Entscheidung späterer Gesetze zu verfügen.

Ein neugewählter demokratischer Gouverneur hat erklärt, daß er die nötigen Schritte eingeleitet habe, um unverzüglich die Freilassung aller wegen Prohibitionsvergehen verurteilten Personen durchzusetzen.

Tschiangkaischeck als faschistischer Diktator?

Die schon mehrmals aufgetauchten Gerüchte, Tschiangkaischeck beabsichtige die Gründung einer faschistischen Partei und die Einführung einer faschistischen Verfassung in China, werden jetzt von der gesamten japanischen Presse verbreitet. Die Zeitungen berufen sich dabei auf Meldungen aus Hankau. Auch die Hemdensymbolik soll für diese neue Partei schon festgelegt sein: Die Pg. sollen blaue Hemden tragen.

Mussolini wahrt seine Bewegungsfreiheit.

Die verschiedenen entgegenkommenden Reden, die in jüngster Zeit von französischen Staatsmännern Italien gegenüber gehalten worden sind, haben bei Mussolini eine vorsichtige Beachtung gefunden. Einem französischem Pressevertreter antwortete er auf die Frage, was Italien von Frankreich erwarte, die Franzosen sollten das heutige Italien kennen lernen, sie sollten einsehen, daß die faschistische Herrschaft Bestand habe und haben werde, und sie sollten ihre Alleinherrschaftspläne zurückstellen. Den Angriff des Franzosen, Italien habe sich mit gewissen Mächten verbunden, die Frankreich gegenüber nicht aufrichtig gewesen seien und deren Spiel in Rom Unterstützung finde, wies Mussolini mit einem Kopfschütteln und den unverbindlichen Worten zurück: Wir reden wohl manchmal Dummheiten, wenn wir auch bemüht sind, möglichst wenig Dummheiten zu sagen. Aber wir begehen keine Dummheiten.

Das ist alles hinreichend unbestimmt ausgedrückt, um den Weg nach keiner Seite hin zu verbauen.

Betrügereien der „Spitzen der Gesellschaft“.

In der französischen Kammer wurde über eine Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Albertin über den großen Steuerhinterziehungskandal debattiert, der kürzlich in Frankreich aufgedeckt worden ist. Eine Anzahl von Kapitalisten haben ihr Kapital bei der Baseler Handelsbank deponiert und es so der Besteuerung entzogen. Verwickelt sind in diesen Betrug etwa 2000 Angehörige der sogenannten

Die Wahrheit über die Bedürftigkeitsprüfung.

Behördliche Entrüstung über die „Indiskretion“.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat eine Denkschrift verfaßt über die Durchführung der „Hilfsbedürftigkeitsprüfung“ durch die Gemeinden, die die ganze Ungeheuerlichkeit und Ungerechtigkeit dieser sogenannten „Bedürftigkeitsprüfung“ an Hand von Material aus der Praxis der „Wohlfahrtsämter“ darstellt.

Die Feststellungen in dem Gutachten der Reichsanstalt sind den betroffenen Stellen mächtig in die Knochen gefahren, nämlich der Reichsregierung, die mit der Verordnung vom 5. September (die Papensche Lohnkürzungsverordnung) die Bedürftigkeitsprüfung durch die Gemeinden einführt, und die Gemeinden selber, die sich diese schlimmsten Ungerechtigkeiten und einseitigen Begünstigungen zuschulden kommen ließen. Sie suchen jetzt den schlechten Eindruck in der Öffentlichkeit dadurch abzuschwächen, daß sie die Beweggründe der Verfasser des Gutachtens schlecht machen und außerdem mit Entrüstung auf den Vertrauensbruch der Veröffentlichung hinweisen. So betont das Reichsarbeitsministerium, die Arbeit sei für den Arbeitsminister und den Vorstand der Reichsanstalt bestimmt gewesen und nur durch eine „Indiskretion“ an die Presse gelangt. Umso schlimmer, wenn Tatsachen verheimlicht werden sollten, das deutet auf ein sehr schlechtes Gewissen in dieser Angelegenheit! Ähnlich verfährt der „Deutsche Städtetag“ in seiner Mitteilung an die Presse: die Arbeitsämter wollten nur, daß ihnen die Bedürftigkeitsprüfung übertragen werde und sie neue Betätigungsmöglichkeiten bekämen, weil ihr Tätigkeitsbereich durch das Abströmen der Erwerbslosen von der Versicherung in die Wohlfahrt immer kleiner werde. Das mag alles zutreffen, damit wird jedoch in keiner Weise das gesammelte Tatsachenmaterial entkräftet.

„Gründe“ für die Ablehnung von Unterstützungsanträgen.

Einem Antragsteller wurde die Unterstützung abgelehnt, weil er „noch nicht lange ortsansässig“ sei oder „weil er Wanderarbeiter ist“. Einer ging seines Anspruchs auf die Möglichkeit, auch nur ein Hungerdasein zu fristen, deshalb verlustig, „weil er sich in letzter Zeit einen Füllfederhalter gekauft hat“. Eine Gemeinde brachte es sogar fertig, die Ablehnung mit der barbarischen und reaktionären Bemerkung abzutun, „daß vor 50 Jahren (!), wenn jemand keine Mittel zum Leben gehabt habe, er den Bettelstab ergreifen mußte, und so mag der Arbeitslose das auch heute noch tun“. Anscheinend hält der verantwortliche, in Wirtschaftsfragen „wohlunterrichtete“ Wohlfahrtsbeamte jeden Arbeitslosen für einen notorischen Faulenzer, der nur nicht arbeiten will, und das ganze „Krisenredo“ für eine Erfindung der marxistischen Presse.

In der Denkschrift wird festgestellt,

daß in den kleineren Gemeinden verwandtschaftliche und politische Beziehungen bei der Entscheidung über Unterstützungsanträge eine große Rolle spielen,

was keinen verwundern wird, der auch nur einigermaßen die Verhältnisse in einem Provinzstädtchen oder in manchen Landgemeinden kennt. Vielfach müssen die abgewiesenen Unterstützungsempfänger durch gemeinsame Demonstrationen (eine sehr empfehlenswerte Methode, wenn sie klug angewandt wird!) eine Nachprüfung der ersten Entscheidungen erzwingen. In den ordnungsmäßigen Einspruchsverfahren muß in einem hohen Prozentsatz der Fälle die erste Entscheidung geändert werden.

Im Arbeitsamt für das Rheinland mußten so zum Beispiel von 280 000 Gutachten nicht weniger als 19 640 zu Gunsten der Einsprucherhebenden abgeändert werden! Doch nur ein Bruchteil der Abgewiesenen wagt es oder findet die richtigen Wege, einen Protest laut werden zu lassen!

Was will etwa eine alleinstehende alte Frau gegen den Entschluß eines in ihren Augen allmächtigen Ortsgewaltigen unternehmen? Sie wird den Bescheid mehr oder weniger „gottergeben“ als ein unabänderliches Schicksal hinnehmen und — an der Mitmenschlichkeit und Gerechtigkeit der Menschen verzweifeln! — lieber Hungers sterben als sich wehren. Oftmals sind auch

die Unterstützungssätze von nahe beieinander liegenden Orten, deren wirtschaftliche Verhältnisse völlig übereinstimmen, ganz verschieden.

Es besteht

keine Einheitlichkeit, sondern völlige Willkür!

Das Gutachten kommt zu dem Schluß,

daß „der heutige Rechtszustand zu einer völlig ungleichmäßigen und infolgedessen auch sozial ungerechten Handhabung der Einzelfälle“ führt.

Wohl muß zugegeben werden, daß die Gemeinden infolge der Politik des Reiches, das alle Lasten nach Möglichkeit von sich abwälzt und den finanziell schwächeren Gemeinden aufbürdet, die dann sehen müssen, wie sie fertig werden und die heute zum Teil schon zahlungsunfähig und bankrott sind, nach Auswegen aus der Finanzkrise suchen müssen. Keineswegs darf aber dieser Ausweg in Richtung des geringsten Widerstandes gesucht und denjenigen, die sich am wenigsten wehren können, nun die Bürde übertragen werden, die sie erdrücken muß. Ein solches Gemeinwesen gräbt sich selber das Grab! Eine solche Gesellschaftsordnung ist reif zum Umsturz!

Fünfundzwanzig Kilometer Weg zum Arbeitsamt!

Die Auszahlung der Unterstützungen und die Kontrolle der Erwerbslosen erfolgte in Brieselang im Osthavelland bis zum Jahre 1929 am Orte selber. Seither jedoch müssen die Erwerbslosen den 25 Kilometer langen Hin- und Rückweg nach Nauen machen! Die Arbeitslosen können natürlich bei ihrer kargen Unterstützung den Fahrpreis von 70 Pfennigen nicht auch noch tragen, das Fahren mit dem Rad oder das Gehen zu Fuß kostet aber auch Geld für Abnutzung der Fahrradbereifung bzw. des Schuhwerks, ganz abgesehen davon, daß die meisten der Erwerbslosen unterernährt und daher den Strapazen eines so langen Weges nicht gewachsen sind. Wegen dieser Einrichtung besteht unter den Unterstützungsempfängern große Unzufriedenheit, und es sollen jetzt Schritte beim Staatsministerium unternommen werden, damit diese unerhörte Regelung ein Ende finde.

Freiwilliger Arbeitsdienst für Mädchen.

(IGB.) Im deutschen Reichsarbeitsministerium haben kürzlich Besprechungen mit dem Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst stattgefunden über einen Gesetzentwurf, der die stärkere Heranziehung erwerbsloser junger Mädchen für den freiwilligen Arbeitsdienst regeln soll. Nach den Angaben des Reichskommissars sind bis jetzt etwa 10 000 arbeitslose Mädchen im freiwilligen Arbeitsdienst tätig und werden vorwiegend mit Arbeiten für die Winterhilfe und mit der Kultivierung von Kleingärtnerland beschäftigt. Man will jetzt versuchen, diese Mädchen in geschlossenen Werkheimen unterzubringen.

Die Schande der Vivisektion.

Noch immer unbestrafte Lustmörder.

G. Pf. Erwin Liek (Danzig) schreibt in seinem Buch: „Der Arzt und seine Sündung“ auch über Tierversuche. Liek ist leider grundsätzlich für solche Versuche, er spricht von der „Unentbehrlichkeit des Tierversuchs für die Forschung“. Aber „die vielen Versuche an Kaninchen, Katzen, Hunden, zum Teil von ungeschickter Hand ausgeführt“, und ein physiologisches Praktikum in dieser Form hat er schon als Medizin-Student „gefühlsmäßig verneint“, und er verneint diese besonders unsinnige Quälerei heute „auch mit dem Verstande“. Damit wir nicht erlahmen in unserem Kampf gegen das Unrecht, das unseren Kameraden, den Tieren, angetan wird, will ich einige Stellen des Buches, welche uns zeigen, mit welcher grausamer Schändlichkeit gegen Tiere gehandelt wird, wiedergeben.

„So starben Hunde, wenn man sie am Schlafen hinderte, nach fünf Tagen, einige hielten es länger aus, bis zu zwei- und zwanzig Tagen.“

„Ich kenne keine grausameren Tierversuche als gerade diese (es sei denn die von Richet, der Hunde mit und ohne Milzquerschnitt verhungern ließ. Die Tiere ohne Milz verhungerten zehn Tage früher als die intakten Tiere, die Agonie dauerte bis dreißig Tage.“

„So werde ich dies Bild nie vergessen: es soll uns gezeigt werden, daß reichliche Zufuhr von Sauerstoff vorübergehenden Atemstillstand (Apnoe) herbeiführt. Ein junges Kaninchen wird rücklings auf ein Brett geschnallt und nicht narkotisiert (wahrscheinlich nicht mehr narkotisiert) hereingebracht; in seine Luftröhre ist eine Kanüle eingebunden, mittels eines Blasebalgs wird nun Luft in die Lunge geblasen. Es muß aber irgend ein falscher Weg entstanden sein; denn schon nach wenigen Stößen ist das Tier zu einem unförmigen Ballon aufgetrieben. Der Professor sieht es und sagt: Das Tier ist in einem desolaten Zustand.“

„Der betreffende Gelehrte ließ Katzen mehrere Tage ohne Nahrung und ohne Wasser, um festzustellen, ob die Tiere,

vom Hunger getrieben, die neben sie gelegten Kinderleichen anrühren würden. Einige Tage geschah nichts. Erst als der Appetit der Tiere durch wiederholte Darbietung von Fleischstücken anderer menschlicher Leichen gereizt worden war, wurden die Kinderleichen angefressen und verstümmelt.“

Zu diesem Experiment berichtet Liek folgende zutreffende Äußerung eines Patienten: „... man solle doch einmal den Professor selber acht Tage lang hungern und dürsten lassen und ihm dann Menschenfleisch vorgesetzt. Es müßte doch für die Wissenschaft höchst interessant sein, zu erfahren, wie lange sich ein Gelehrter gegen eine solche Mahlzeit sträuben würde.“

Diese Verbrechen an den Tieren stellen auch an Feigheit die anderen in den Schatten. Sie würden in Wahrheit eine Terror-Notverordnung nicht nur zulassen, sondern notwendig machen, und keine Regierung wird sich eine Regierung des Rechts nennen dürfen, die nicht eine solche Terror-Notverordnung zum Gesetz erhoben hat.

Riesenbrand in einem Erziehungsheim.

12 Kinder verbrannt.

Die Erziehungsanstalt Bühl bei Zürich, in der schwachsinnige Mädchen erzogen werden, wurde durch ein Großfeuer vollständig zerstört. Die Rettung der schwachsinnigen Kinder gestaltete sich äußerst schwierig, da diese sich in ihrer furchtbaren Angst allen Maßnahmen widersetzen. Die Anstalt beherbergte 80 Kinder und einige ältere Schwachsinnige. 12 von ihnen sind verbrannt.

Verantwortl. Schriftf. W. Eickler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 2a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

BRUNO GLUCHOWSKI
HÖHLEN-KULIS
 REVOLTE AN DER RUHR (27)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

In den Gläsern dampft der starkduftende Punsch, wird langsam, Schluck für Schluck getrunken, erhitzt die Körper, und auch die Gemüter. Alte Volkslieder werden gesungen, Maxe gibt Schnadahüpferl zum besten, die er auf der Harmonika begleitet. Die anderen singen den Kehrreim mit: Holladrio — holladrio.

Mitten im letzten Holladrio geht die Tür auf und ein weinendes, kleines Mädchen tritt ein. Sie geht auf Frau Kowalski zu, faßt sie an der Hand.

„Tante, komm doch bei uns, wir haben so eine Angst. Mutter liegt im Bett und gibt uns keine Antwort, wenn wir sie was fragen. Und Vater ist auf Nachtschicht.“

„Was fehlt denn der Mutter?“

„Ich weiß nicht“, antwortet die Kleine. Musik und Gesang verstummen, alle schauen auf das weinende Kind. Emmi geht auf die Kleine zu, legt den Arm um sie.

„Komm, Lieschen, ich geh mit dir.“

„Mutter kann auch mitgeh“, ruft Kowalski.

Emmi zieht ihren Mantel an, ihre Mutter nimmt ein Umschlagetuch um. Dann gehen sie mit Lieschen Steinberg davon. Nur ein paar Türen weiter, dann sind sie angelangt.

Eine armselig möblierte Küche. Auf dem Tische einige Teller mit den Überresten einer frugalen Mahlzeit; Pellkartoffelschalen und sauber abgenagte Heringsskelette.

Ein kleiner Junge sitzt auf einem Stuhl, hat den Kopf auf den Tisch gelegt und schläft. Auf der Bank hinter dem Tisch liegen zwei kleinere Kinder, ebenfalls schlafend. Das Feuer im Ofen ist erloschen, starke Kälte herrscht in dem Raum. Eine rußende Petroleumlampe gibt die trübselige Beleuchtung des Ganzen ab. Lieschen geht voran in die Schlafkammer, hier brennt auf einer wackligen Kommode ein

Kerzestumpf in einem grünen Flaschenhals. In einem der beiden Betten liegt Frau Steinberg. Eine magere, abgezehrte Gestalt mit spitzen Gesichtszügen von fahler Blässe und bläulich-schimmernden Augenlidern und Lippen. Angekleidet liegt sie auf dem Bett, wie eine Tote. Erschrocken starren die beiden Frauen auf die leblose Gestalt, das kleine Mädchen bricht in Weinen aus.

„Frau Steinberg — Frau Steinberg“, ruft Frau Kowalski, die herabhängende Linke ergreifend. Die Hand ist eiskalt, und von den geschlossenen Lippen kommt keine Antwort. Frau Kowalski beugt sich über das Gesicht der Kranken, fühlt ganz schwache Atemzüge. Sie knöpft ihr das Kleid über der Brust auf, fühlt nach dem Herzen. Auch das schlägt noch ganz schwach. Lieschen schaut der Mutter in das unbewegte Gesicht, weint immer noch.

„Mutter war den ganzen Nachmittag weg, in der Stadt“, spricht sie, „und Vater hat geschlafen. Als sie wiederkam, hat sie Essen gemacht und Vater geweckt. Dann haben wir gegessen und Vater ging auf Arbeit. Als Vater weg war, ist Mutter auf einmal umgefallen und hat nichts mehr gesagt. Wir haben alle vier geweint. Nachher ist Mutter aufgestanden und hat sich auf das Bett geschleppt. „Lieschen“, hat sie gesagt, ich steh gleich wieder auf und mach euch ins Bett. Spielt ihr noch solange in der Küche. Ich bin dann nach einer Weile wieder reingegangen, aber Mutter lag immer noch so da. Ein paar mal habe ich „Mutter“ gerufen, aber sie hat nichts gesagt.“

Frau Kowalski zieht die schluchzende Kleine aus, legt sie ins Bett, geht dann mit ihrer Tochter in die Küche.

„Emmi, geh, hol schnell einen Arzt“, sagt sie. „Und sag auf der Zeche Bescheid, daß sie den Steinberg herausholen lassen. Die arme Frau wird wohl nicht lange machen. Hat wohl die Schwindsucht oder so was. War ja immer schon krank.“

Emmi eilt mit Hans zur Markenkontrolle der Zeche. Von dort aus wird Dr. Brockmann, der zuständige Knappschaftsarzt antelephoniert, dann schreibt der Beamte einen Brief und schickt ihn in die Grube.

Währenddessen hat Frau Kowalski auch die anderen drei Kinder ausgezogen und zu Bett gebracht. Sie räumt

die Küche auf, macht Feuer im Ofen, kocht ein Töpfchen Tee für die Kranke. Vergeblich sind ihre Bemühungen, Frau Steinberg den Tee einzufößen. Immer wieder quillt er aus dem Munde heraus. Emmi und Hans kommen zurück, Mutter und Tochter beratschlagen, was zu tun sei. Sie können nichts anderes tun, als auf den Arzt warten.

Eine dicke, graue Felswand auf der sechsten Sohle. Zwei Männer arbeiten davor, nackt bis zum Gürtel, schweißdampfend, mit einer dicken Steinstaubkruste auf der Haut und auf ihren Schuhen. Die Gesteinshauer Jakob Wiesemann und Johann Steinberg treiben einen Querschlag, von dem aus neue Flöze abgebaut werden sollen. Ihre Körper stoßen sie gegen die wie Maschinengewehre knatternden, schweren Bohrhämmer. In schneller Drehung fressen sich die langen Stahlbohrer in den harten Stein, schaffen so die Sprenglöcher, die mit Dynamit vollgestopft werden, der die mächtige Steinwand unter donnerndem Krachen in Stücke reißt. Ein Ventilator brummt sein monotonen Lied, führt ihnen frische Luft zu. Ein Höllenlärm entsteht durch die Bohrhämmer, kein Wort ist zu verstehen.

Angestrengt arbeitet der Körper, doch die Gedanken weilen anderswo. Sie fliegen hinaus, zutage, dort wo heute alles lustig und fröhlich ist, wo man das alte Jahr verabschiedet. Eine knappe Stunde noch, dann ist das alte Jahr um, wird das neue mit denselben Hoffnungen begrüßt wie das verflossene, wird nach einem Jahr in ebenderselben Form verabschiedet. Jedes neue Jahr erweckt neue Hoffnungen auf eine bessere Zeit, keins aber hat sie erfüllt. Was wird dieses wohl bringen?

Eine schwere Hand legt sich auf Steinbergs Schulter. Er sieht den Nachtsteiger hinter sich stehen und ihm etwas ins Ohr schreien. Verstehen kann er es nicht, dreht den Luftzuführungshahn seines Bohrhammers ab, tut bei seinem Kumpel dasselbe.

„Glück auf!“ spricht der Steiger, die Kumpels erwidern seinen Gruß.

„Steinberg, Ihr müßt sofort ausfahren, Eure Frau ist krank“, fährt er fort. Steinberg zuckt zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Die englischen Eisenbahner vor dem Streik?

Die englischen Eisenbahngesellschaften fordern, daß die Löhne der Eisenbahnarbeiter aller Arten, vom Heizer bis zum Büroangestellten, um zehn Prozent gesenkt werden. Dies ist die zweite Lohnabbau-Forderung, die die Gesellschaften im Verlaufe dieser Krise stellen. Beim ersten Angriff, der vor einem Jahre erfolgte, wurden die Löhne um etwa 8 Prozent gesenkt.

Die Gewerkschaften führen eine energische Propaganda gegen diesen neuen Lohnraub, durch den die Mindestlöhne der Eisenbahner von 40 Shilling die Woche (knapp 30 Mark!) auf 38 Shilling (28,50 Mark) gesenkt werden würden, während die Eisenbahngesellschaften immer noch Gewinne von 30 Millionen Pfund im Jahr machen und 3 1/2 Prozent Dividenden zahlen. Die Gewerkschaften versuchen, den noch Unorganisierten an Hand der Abwehr der Lohnsenkungen die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation klarzumachen. Zu diesem Zwecke sind mehrere Flugblätter in Umlauf gesetzt worden.

Der Konflikt zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Gewerkschaften wird jetzt vor dem Schlichtungskomitee für die Eisenbahnen erörtert. Wenn der Schiedsspruch im Interesse der Unternehmer ausfällt, sind die Gewerkschaften zum Kampf bereit. Der Generalsekretär der NUR (National Union of Railwaymen = Eisenbahnverband) schreibt in einem Flugblatt:

„Seid fest!

Ich bin ... unbedingt dagegen, weiter rückwärts zu gehen. Denkt daran: wenn wir zurückweichen, werden im nächsten Jahr und in den darauffolgenden Jahren weitere Forderungen an uns gestellt. Ich will gegen diesen Geist des Fatalismus kämpfen, der die Sache so ansieht, als müßten wir zurückweichen. Aber ich kann das nicht allein tun. Ich habe keinen Zauberschleier, den ich nur wehen zu lassen brauche, um das

ständige Herabsinken aufzuhalten, wenn ich hinter mir nicht vereinte Entschlossenheit und Stärke habe. Ich bin nur stark mit Eurer Kraft und entsprechend schwach mit jeder Schwäche, die Ihr haben mögt.“

In vielen Versammlungen, Aufsätzen und Flugblättern erklären die Gewerkschaftsführer, daß sie, wenn es nicht anders geht, sogar

zum Streik aufrufen

würden. In der NUR und der ASLE&F (dem Verband der Lokomotivführer, Maschinisten und Heizer) besteht kein Zweifel darüber, daß eine Mehrheit für den Streik zustandekommen würde. Weniger sicher ist die Sache bei den Angestellten, die zwar auch nicht mehr verdienen als die Arbeiter, sich aber immer noch den spießbürgerlichen Geist bewahrt haben, aus dem heraus sie lieber Lohnsenkungen hinnehmen, als zusammen mit den Arbeitern kämpfen.

Die Aktion der Eisenbahner wird von der englischen Öffentlichkeit mit ziemlich viel Sympathie begrüßt. Erstaunlich scheint es auf den ersten Blick, daß der „Daily Express“, die Zeitung des reaktionären Lord Beaverbrook, die Gewerkschaften in ihrem Kampf unterstützt. Diese Zeitung entdeckt plötzlich, daß es „jetzt eine dringende Notwendigkeit ist, die Löhne aufrechtzuerhalten, die eine mächtige Stütze des britischen Marktes darstellen“. Ist Lord Beaverbrook zu den Sozialisten übergegangen? Keineswegs. Er hat nur ein neues Mittel ersonnen, um die Arbeiter ins reaktionäre Lager zu ziehen: er macht einerseits für Erhaltung der Nominallohne Propaganda, andererseits aber für Inflation und Erhöhung der Schutzzölle, um auf diese Art die Reallöhne hinten herum zu kürzen. Die unklare Stellung der Gewerkschaften und der Labour Party in bezug auf Goldwährung und Zollpolitik vergrößert die Gefahr, daß manche Arbeiter auf derartige Tricks wirklich hereinfallen.

Reisig sammeln — Forstfrevel!

Das Delikt, deretwegen die beiden Erwerbslosen B. und K. auf der Anklagebank sitzen, zeigt mit besonderer Schärfe die Gefahren, denen Erwerbslose ausgesetzt sind, wenn sie riskieren, sich zur Heizung ihrer Stube oder zum Essen kochen ein bißchen Reisig im Walde aufzulesen. Die beiden Angeklagten wurden am 2. August in der Tegeler Forst von zwei berittenen Polizeibeamten festgestellt. Da sie sich unschuldig fühlten (sie hatten ja nichts weiter begangen, als einen Sack mit herabgefallenen Zweigen zu füllen), setzten sie ihrer Feststellung nicht den geringsten Widerstand entgegen. Ihr Erstaunen war jedoch groß, als sie einige Wochen später wegen „Forstfrevels“ einen polizeilichen

Auch die Bahnhofskioske der Berliner Stadt-, U- und Fernbahn führen jetzt den „FUNKEN“

Strafbefehl über je 3 Wochen Gefängnis erhielten. Selbstverständlich erhoben sie Einspruch, und in der jetzt vor dem Amtsgericht Wedding stattgefundenen Verhandlung wurde zutage gefördert, auf welche sonderbare Art der polizeiliche Strafbefehl zu stande gekommen war. Die beiden als Zeugen geladenen Polizeibeamten, die damals die Feststellung der Angeklagten bewerkstelligt hatten, waren nämlich am fraglichen Tage darauf aufmerksam gemacht worden, daß von verschiedenen Eichenbäumen in der Tegeler Forst Zweige abgeschnitten worden seien. Auf der Suche nach den Tätern liefen ihnen nun die beiden Erwerbslosen über den Weg und mußten als Sündenböcke herhalten, obwohl sie nicht im entferntesten daran gedacht hatten, frische Zweige von den Bäumen abzuschneiden.

Ein Freispruch der Angeklagten erfolgte trotzdem nicht. Das Gericht maß der Angelegenheit vielmehr eine so erhebliche Bedeutung zu, daß es zunächst einen Sachverständigen darüber vernehmen will, ob das von den Angeklagten gesammelte Reisig von den Bäumen abgeschnitten worden sein kann. Eine solche Gründlichkeit wäre bei manchen anderen, zum Beispiel politischen Prozessen, sicher mehr angebracht. — Pit.

Vier Gasarbeiter verunglückt.

Am Donnerstag vormittag ertönten plötzlich Hilferufe aus einem drei Meter tiefen Schacht, in dem Arbeiter der städtischen Gaswerke in Stettin beschäftigt waren. Zwei Arbeiter wurden bewußtlos emporgezogen und im Krankenhaus wieder ins Bewußtsein gerufen. Zwei weitere Arbeiter am Boden des Schachtes konnten erst von der Feuerwehr geborgen werden und waren nicht mehr zu retten. Wahrscheinlich war aus einem undichten Rohr Gas ausgeströmt.

Im explodierten Lastkraftwagen verbrannt.

Am Donnerstag nachmittag 1 Uhr, bei einer Fahrt auf dem Leipziger Ring infolge Versagens der Bremsen mit voller Wucht gegen das Gasthaus „Silberloch“. Im gleichen Augenblick erfolgte eine Explosion, die den Lastkraftwagen in Brand setzte. Der Führer des Lastkraftwagens, Ernst Keller aus Leipzig, verbrannte. Der zufällig mitfahrende Georg Schmidt aus Leipzig trug so schwere Brandwunden davon, daß er einige Stunden später verstarb.

Berliner Stadtparlament zum BVG-Konflikt.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es am Donnerstag zu heftigen Auseinandersetzungen wegen der Vorfälle bei der BVG. Besonders angegriffen wurde der Aufsichtsratsvorsitzende der BVG, Bürgermeister Dr. Elsas, der in erster Linie für das scharfe Vorgehen im Lohnkonflikt mit den BVG-Arbeitern verantwortlich sein soll. Dr. Elsas suchte die Maßnahmen der BVG mit dem starken Rückgang des Einnahmen und der hohen Verschuldung zu begründen. Was die früheren Mißstände anbetrifft, so lehnte der Bürgermeister die Verantwortung dafür ab, da diese Maßnahmen ja durch Mehrheitsbeschlüsse der Stadtverordnetenversammlung gedeckt worden seien!

Der kommunistische Abgeordnete Wisniewski meinte, es sei der BVG lediglich darauf angekommen, unter allen Umständen die arbeiterfeindliche Papensche Notverordnung durchzuführen. Der Redner stellte zum Haushaltskapitel „Städtische Werke“ den Antrag auf Zurücknahme der Entlassungen bei der BVG, Rückgängigmachung der Lohnkürzungen und Bezahlung der Streiktage. Von anderer Seite wurde beantragt, solange den für den Schuldendienst der BVG eingesetzten Betrag von 38 Millionen Mark einzubehalten, bis diese Forderungen von der BVG. angenommen worden seien.

Vor dem Rathaus hatten sich Abordnungen der gemäßregelten BVG-Arbeiter eingefunden, von denen aber nur ein Teil eingelassen wurde. Die Besprechung soll am Donnerstag der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Streikende Diamantschleifer.

In Oberstein, Idar und Umgebung streiken die Diamantschleifer seit einer Woche wegen Zurückziehung einer erst kürzlich gewährten zehnprozentigen Zulage. Zur Zeit finden Verhandlungen statt, die in einigen Betrieben zur Wiederaufnahme der Arbeit führten. Aus diesem Anlaß zogen am Dienstagabend etwa 400 streikende Diamantarbeiter von Oberstein-Idar nach Algenroth, um die dortigen Betriebe zur Wiedereinstellung der Arbeit zu veranlassen. Dabei kam es zu Tötlichkeiten. Im Hause des Diamantschleifers Fuchs wurden sämtliche Fenster eingeworfen. Fuchs selber stach, als er von einem Stein getroffen wurde, einen Idar Arbeiter in die Schulter. Schließlich griff das Ueberfallkommando ein.

Naturkatastrophen.

Am Mittwoch wurden in Java 150 Häuser durch eine Windhose völlig zerstört, eine große Anzahl anderer schwer beschädigt.

Ueber Kuba brach am gleichen Tag ein Wirbelsturm herein, der, wie man fürchtet, die Stadt Santa Cruz del Sur völlig zerstört hat. Alle Verbindungen zu der Stadt sind durchbrochen. Ein englischer Frachtdampfer hat drahtlos gemeldet, daß er ein Steuerruder verloren habe und bei den Bahama-Inseln im Wirbelsturm treibe.

Am Donnerstag wurde die atlantische Küste bei New York und New Jersey von einem Wirbelsturm und einer Sturmflut verwüstet. Mehrere Ortschaften und Stadtteile von New York wurden überschwemmt. Viele Telefon- und Telegraphenverbindungen wurden zerstört.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 8 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landhelme, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 12
Scharnweberstr. 16/17.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Maßarbeit **erstklassig und billig**
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aus 14

Sprechapparate Koffer/Schattullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Vorlangen Sie Angebote!
Otto Pfothauer, Welmar, Röhrstr. 40.

Jeder Tierchützer lese unsere Schriften über das Jagdvergnügen.
Ist die Jagd ein edles Vergnügen? Flugblatt, kostenfrei
Die Verwerflichkeit des Jagdvergnügens,
insbesondere der Hetzjagden. Von Magnus Schwantje. Rede auf dem Internationalen Tierschutz-Kongreß in Kopenhagen im Juli 1911. 28. Seiten. 60 Pf. — Die einzige deutsche Schrift, die gründlich über die bei der Jagd millionenfach verübten Tierquälereien berichtet und Mittel zu ihrer Bekämpfung vorschlägt. Sie weist nach, daß bei der Jagd ebenso grauenhafte Tierquälereien massenhaft verübt werden wie bei der Schächtung.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15;
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71. Berlin

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwald
Engelsplatz 12.

Butter, Käse, Eier, Landbrot

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachtlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Judenstraße 8, III.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**.
aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MADEBURG, jetzt
Johannisbergstr. 10, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987
Ab 11. November:
Richard Oswald's Meisterwerk
Dreyfus
mit Fritz Kortner, Heinrich George, Albert Bassermann, Grete Mosheim, Oskar Homolka, Fritz Kampers u. a.
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeit: 18, 17, 19, und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten.
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 8,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes von **Ku Hung-ming.**
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Studien mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 818 42.

Schleicher ist „sehr religiös, geht nie in die Kirche“.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß Religion und Kirche der herrschenden Klasse gerade gut genug sind für das „dumme und ungebildete Volk“, das auf diesem Wege von der Erkenntnis der Ursachen seiner realen Notlage und von der Aenderung dieser Notlage nach vernünftigen Grundsätzen abgehalten werden soll und leider zum Teil auch noch abgehalten wird.

„Wenn es keine Kirche gäbe, müßte man sie erfinden“, ist der Grundsatz dieser Ablenkungspolitik. Selber allerdings glauben sie weniger an die von der Kirche gepredigten Glaubenssätze und Jenseitshoffnungen. Das wird wieder einmal deutlich in einem Ausspruch des Reichswehrministers von Schleicher anlässlich eines Interviews: ... ich bin sehr religiös, nicht so im allgemeinen Sinne — ich gehe nie in die Kirche ...“

Diese Aeußerung rief die Kirche auf den Plan, denn so etwas darf man allenfalls denken, nicht aber offen äußern, so daß brotierre Volkskreise davon erfahren und sich daran ein „schlechtes Beispiel“ nehmen. Darum hat der General-superintendent Dr. Dibelius einen „Offenen Brief“ an Schleicher veröffentlicht, in dem der Reichswehrminister zur Ordnung gerufen wird und in dem folgende interessante Sätze vorkommen:

„Wir brauchen heute Menschen, die es nicht als höchstes Glück empfinden, wenn die ewige Qualerei morgen für sie ein Ende hat, sondern die mitten in der Misere der Gegenwart tapfer und zukunftsfröhlich leben. Solche Männer gibt nur

ein Glaube, der eine Hoffnung bringt. Ein neuer Lebenswille entsteht nur, wo über dem Leben die Ewigkeit Gottes leuchtet. Das ist der ungeheure Dienst, den die christliche Verkündigung einem müde gewordenen Volk leistet, daß sie durch die Botschaft des Evangeliums die Pflicht zum Leben als Gebot und große Möglichkeit in die Seele schreibt.

... Deshalb ist es für uns ein heißes Anliegen, daß wir uns in unseren Gottesdiensten auch mit den Männern zusammenschließen können, auf deren Schultern die Verantwortung für das deutsche Schicksal ruht. Deshalb danken wir es dem Reichspräsidenten, daß er uns diese Gemeinschaft trotz seines hohen Alters so manches Mal empfinden läßt. Deshalb haben wir den Wunsch und die Hoffnung, in den Gottesdiensten unserer Kirche auch den Reichswehrminister zu sehen! ...“

Wer auch nur einigermaßen zwischen den Zeilen zu lesen versteht und auf die frommen, scheinbar menschenfreundlichen Redensarten nicht hereinfällt, der erkennt aus diesen Zeilen, daß die Kirchengewaltigen sich des Klassencharakters dieser Einrichtung und der Aufgabe der Kirche im Klassenkampf gegen Vernunft und Recht vollkommen bewußt sind und — wie in vorliegendem Falle — bei den an anderer Front der herrschenden Klasse Stehenden mit Nachdruck auf Berücksichtigung dieser Tatsache dringen.

Für den proletarischen Klassenkämpfer und Kirchen-gegner gibt es nur eine Folgerung: das Meiden der Kirche allein genügt nicht, man muß aus der Kirchengemeinde austreten und seine Kinder dem Einfluß der Dunkelmänner aller Schattierungen entziehen!

SA-Mann Reinke von Parteigenossen erstochen?

Es hat den Anschein, als ob der Königsberger SA-Mann Reinke von seinen eigenen Kameraden erstochen wurde. Die Ermordung Reinkes diente seiner Zeit den Nazi-Zeitungen und der gesamten Rechtspresse als Entschuldigung für die Königsberger Ausschreitungen! In dem am Donnerstag vor einem Sondergericht in Königsberg verhandelten Prozeß gegen 12 Kommunisten sagten zwei Frauen, die später heide vereidigt wurden, übereinstimmend aus, sie hätten aus nächster Nähe beobachtet, wie nationalsozialistische Zettelverteiler im Verlaufe eines Streites den Reinke erstachen. So erklärte die eine Zeugin, Frau Rode, sie habe gehört, wie ein nationalsozialistischer Zettelverteiler an Reinke herangetreten sei und ihm zugerufen habe: „Du Schuft, Du hast mein ganzes Geld versoffen!“ Die Zeugin behauptete, daß darauf Reinke von diesem Nationalsozialisten erstochen worden sei. Die Zeugin verwickelte sich dann aber in Widersprüche, so daß sie zunächst unvereidigt blieb. Später sagte die Zeugin Frau Wenk ebenfalls aus, daß Reinke von einem Parteigenossen erstochen worden sei. Sie gab an, nur 5 Meter entfernt gewesen zu sein, als zwei nationalsozialistische Zettelverteiler über eine Geldangelegenheit in Streit geraten seien. Einer von ihnen habe aus dem Schafte des Stiefels einen Hirschfänger gezogen und seinem Kameraden einen Stich versetzt, der darauf mit einer schweren Halsverletzung zusammengebrochen sei. Es sei dann eine Straßbahn vorbeigekommen, so daß sie den Messerstecher aus den Augen verloren habe. Sie würde ihn jedoch wiedererkennen, da er einem ihrer Verwandten sehr ähnlich gesehen habe.

Obwohl die Kommunisten die Schuld am Tode des Reinke nicht nachgewiesen und die Anklage wegen Mordes nicht aufrecht erhalten werden konnte, wurden sie wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt. Der angebliche Rädelführer Nickel erhielt eineinhalb Jahre Zuchthaus, die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von einem halben Jahr bis eineinhalb Jahren.

Gefängnis für ein Gedicht zum 1. Mai.

Das Kösliner Schöffengericht verurteilte kürzlich den Schriftsetzer Rossmann wegen „öffentlicher Aufforderung zu Gewalttaten gegen Personen oder Sachen“ zu einem Monat Gefängnis. Rossmann hatte zum 1. Mai in der (mit Schreibmaschine hergestellten) SAP-Wochenzeitung „Der Sozialist“ ein Gedicht „Straße frei!“ abgedruckt. Staatsanwalt und Richter waren der Ansicht, daß dieses Gedicht als eine Anreizung zu Gewalttätigkeiten hätte verstanden werden können. Rossmanns Behauptung, daß die organisierte Arbeiterschaft den wahren Sinn solcher Veröffentlichung sehr wohl verstehe, hatte bei den hinterpommerschen Richtern keinen Erfolg.

Wegen Sprengstoffvergehens verhaftet.

In Herzberg am Harz wurden fünf Personen verhaftet, darunter die drei kommunistischen Arbeiter Marhenke, Aue und Ziegenbohn, die gestanden, im Mai ein größeres Quantum Ammonit, 100 Sprengkapseln und einige Ringe Zündschnur in Bad Lauterberg gestohlen zu haben.

Randalierende „Hochschüler“ in Breslau.

Anlässlich der Antrittsvorlesung des neu ernannten Rechtslehrers Professor Dr. Cohn kam es in der Breslauer Universität zu Lärm- und Antisemitischen Szenen. Der Rektor holte zwar die Polizei, doch griff diese nicht so energisch durch, daß den Ruhestörern das Handwerk gelegt wurde (gegen Arbeiter, auch wenn sie um berechnete Interessen kämpfen, pflegt es die Polizei an „Forschheit“ nicht fehlen zu lassen). Der Rektor stellte nur die Namen einiger Radaubruder fest. Bei Wiederholung der Auftritte soll die Universität vorübergehend geschlossen werden.

Ordentlicher Rektor der Braunschweiger Technischen Hochschule.

Der Rektor der Technischen Hochschule in Braunschweig ließ einen Kranz mit dem Parteiabzeichen der NSDAP von der Gedenk- und Ehrentafel der Gefallenen im Weltkrieg entfernen, den eine Abordnung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes zum Gedenken an einen im August in Braunschweig erschossenen SA-Führer (!) in der Universität niedergelegt hatte. Verhandlungen wegen des Naziunfugs mit einem Vertreter der — natürlich ganz nationalsozialistischen — Braunschweiger Studentenschaft lehnte der Rektor ab.

Parteientschlüsse der SP und KP

Die preußische Landtagsfraktion der SPD wird die Einsetzung zweier Ausschüsse zur Untersuchung der Vorgeschichte des 20. Juli und zur Nachprüfung der Papenschen Personalpolitik beantragen. — Sie will ferner beantragen, den Landtag für nächsten Donnerstag einzuberufen.

Der Parteiausschuß der SPD hat über seine Beratungen folgenden Bericht ausgegeben:

„Der Parteiausschuß beschäftigte sich mit der durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffenen politischen Lage. Dabei herrschte volle Übereinstimmung, daß es für die SPD nach wie vor nur den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre Pläne gebe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Donnerstag, den 17. d. M., zusammentreten und in diesem Sinne weitere Beschlüsse für ihr Vorgehen im Reichstag fassen.“

Für den Reichstag haben die Sozialdemokraten bisher die Einbringung von Anträgen auf ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48, ferner auf Erlaß einer Amnestie, Aufhebung der Sondergerichte, Erhöhung der Unterstützung für Arbeitslose, Umbau der Wirtschaft usw. in Aussicht genommen.

Die kommunistische Fraktion hat im preußischen Landtag jetzt einen Antrag eingebracht, den Landtag für Montag, den 14. d. M., einzuberufen und u. a. einen Antrag auf Aufhebung der „faschistischen Kommissariats-Diktatur in Preußen“ zu beraten.

Neue Beschwerde des Euliner Bürgermeisters.

Dr. Stoffregen wurde zwar wieder in sein Amt, „vorbehaltlos“ eingesetzt, gleichzeitig wurde ihm jedoch — entgegen allen Abmachungen — eine Verfügung zugestellt, daß er vom Regierungspräsidenten bis auf weiteres beurlaubt sei und sich jeder Dienstausübung zu enthalten habe. Der Bürgermeister hat gegen diese neuerliche Verfügung des Regierungspräsidenten sofort telegraphisch Beschwerde beim Staatsministerium erhoben.

Verbot nationalsozialistischer Zeitungen.

Der Regensburger Polizeidirektor verbot die Regensburger Nazizeitung „Schaffendes Volk“, sowie ihre Kopfbätter bis einschließlich 14. November.

Generäle verzichtet auf Heldentod.

Die bolivianische Gesandtschaft dementiert die Meldung, daß drei Generäle und zehn Offiziere im Gran Chaco mit einem militärischen Großflugzeug abgestürzt seien. Wir schenken dem Dementi vollstes Vertrauen: es entspräche auch keineswegs den Spielregeln des Krieges, wenn Generäle dabei ums Leben kämen.

Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist.

Reichsrat zum Fall Preußen.

Nach langer Zeit hat am Donnerstag der Reichsrat eine Vollsitzung gehabt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Ministerialdirektor Brecht als Vertreter Preußens der am 20. Juli der Gewalt gewichenen Aera des republikanischen Preußen; er beklagte sich darüber, daß die Reichsregierung die „grundsätzlichen Gesichtspunkte der Entscheidung des Staatsgerichtshofs“ nicht durchführe, daß die Reichskommissare sich weiter als kommissarische „Landesregierungen“ bezeichneten, daß sie immer noch ihre Briefe und Verfügungen unter der Firma „Preußischer Minister ...“ losließen. (Die Erwähnung der Amtsräume verkniff er sich.)

Herr von Gayl, der in der Sitzung den Vorsitz führte, meinte, der Streit gehöre nicht vor den Reichsrat, sondern sei Sache der Vereinbarung zwischen den Beteiligten. „Der Reichskanzler hat als Reichskommissar in Gegenwart des Reichspräsidenten bereits gelegentlich seiner Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Braun die loyale Durchführung des Urteils zugesagt.“

(Brecht unterließ es, gegenüber dieser — durch die Blume gesprochen: — unbekümmerten Bemerkung daran zu erinnern, daß Papens Zusage bereits leere Worte waren in dem Augenblick, als sie gesprochen wurde; denn gleichzeitig wurde hinter Brauns Rücken die Verordnung über die Umkrempelung der preußischen Ministerien ausgedruckt.)

Bayerns Vertreter, Gesandter von Preger, sagte, daß die Urteile des Staatsgerichtshofs in dem Geiste vollzogen werden „müßten“, in dem sie erlassen worden seien. Auf diese grundsätzliche Bemerkung wolle Bayern sich beschränken. Im übrigen werde man am Sonntagabend in der Sitzung der vereinigten Reichsrats-Ausschüsse zu dem Streitfall sprechen können. Dieser Erklärung schlossen sich die Vertreter Württembergs, Sachsens, Hessens, Hamburgs und der Rheinprovinz an.

(Das Bisherige läßt sich kurz so zusammenfassen: Zum Andenken an die preußische Republik hatten sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.)

Was ein Beamter tun darf und was nicht. Meinungen einer Behörde.

Der Dienststrafhof für die preußischen Beamten hat einen Beamten, der von einer niederen Instanz wegen seiner Nazitätigkeit im Herbst 1930 verurteilt worden war, freigesprochen. Im Herbst 1930 war den preußischen Beamten die Betätigung für die NSDAP noch verboten, während ihnen seit dem 27. Juli 1932 nur noch die Betätigung für die KPD verboten ist. Die Aufhebung des „Vorderurteils“ wird damit begründet, daß „es dem Rechtsempfinden und Billigkeitsgefühl zuwider sein“ würde, wenn ein Beamter nur deswegen bestraft würde, weil damals der Erlaß gegen die heute zugelassene Betätigung für die NSDAP noch in Kraft war.

Bei Gelegenheit dieser Entscheidung hat der Dienststrafhof sich folgende Gedanken gemacht: 1. Oberste Beamtenpflicht ist die „Pflicht der Treue gegen den Staat“. 2. Also ist die Betätigung für eine „illegale Partei“ eine „überaus schwere Dienstverfehlung“ für einen Beamten (in der bloßen Zugehörigkeit zu einer „illegalen Partei“ sieht jedoch der Dienststrafhof keine dienststrafbare Handlung). 3. Eine illegale Partei ist „eine solche, die den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung durch das Mittel der Revolution anstrebt“.

Polizei schießt auf Erwerbslose!

Im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung kam es am Donnerstag mittag zur Bildung eines Demonstrationszugs am Lübecker Hafen. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel gegen die Erwerbslosen vor und schoß im Verlauf der Zusammenstöße scharf, da sie angeblich mit Steinen beworfen wurde. Die Schüsse verletzten mehrere Personen. Eine für Donnerstag abend einberufene KP-Versammlung wurde verboten.

Protest-Hungerstreiks.

Die Festungsgefangenen der Festungsanstalt Bielefeld und der Festung Wesermünde sind in den Hungerstreik getreten, zum Protest gegen die am 9. November in Kraft getretene Notverordnung, wodurch die Zustände in den preußischen Festungen derart verschlechtert werden, daß die Festungshaft praktisch der Gefängnisstrafe gleichkommt. Aus Solidarität mit den Festungsgefangenen sind auch die politischen Gefangenen des Straf- und Untersuchungsgefängnisses in Halle an der Saale in den Hungerstreik getreten.

Wer erteilt Absolution für die Sünde bei Verfassungsverletzung?

K. D. Der Reichsfinanzminister hält die Länder zur Sparsamkeit an, besonders dort, wo man noch Geld für kulturelle Zwecke ausgibt. Artikel 145 der Reichsverfassung verfügt jedoch: „Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich.“ In Hamburg erhält in der Tat jedes Kind der Grund- und Volksschule ohne Rücksicht auf die Vermögenslage der Eltern alles, was es zum Unterricht benötigt, vom Atlas bis zur Feder und dem Löschblatt, geliefert. Hamburg möchte diese Errungenschaft behalten, es beruft sich auf die Verfassung und weigert sich, dagegen zu verstoßen.

Was tut das Reich? Es entbindet Hamburg von der Schuld des „vermeintlichen Verfassungsbruchs“. Mit diesem Hinweis auf die Absolution hat der Reichsfinanzminister seinem Hamburger Kollegen die Sünde nahegelegt.

Neue Plünderungen Berliner Lebensmittelgeschäfte.

Am Donnerstag kurz nach 17 Uhr drängen acht bis zehn junge Burschen in das „Nordstern“-Zweiggeschäft Grünberger Straße ein und entwendeten Wurstwaren im Werte von etwa 40 Mark. Die Täter sind, zum Teil auf Fahrrädern, unerkant entkommen. Um 18 Uhr 30 ereignete sich ein ähnlicher Vorfall in der Bergmannstraße. Dort drängen drei junge Burschen in eine Filiale der Firma Kutz, bedrohten die Verkäufer und entwendeten einen Posten Lebensmittel. Auch hier sind die Täter unerkant entkommen.

Nach dieser peinlichen Szene trat man in die Tagesordnung ein: Besetzung von Mitgliedsstellen beim Reichsversicherungsamt, verschiedener Reichsdisziplinarkammern, im Verwaltungsrat der Reichspost; Satzungsänderungen des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinz Westfalen u. s. w., u. s. w.

„Selbstverständlich nicht!“ Die Vertreter des „Deutschen Städtetages“ beim Reichskanzler.

Der größte Teil der beinahe zweistündigen Aussprache am Donnerstag galt der Umarbeitung der Erwerbslosenfürsorge. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen wegen der Veröffentlichung der Denkschrift der Reichsversicherungsanstalt, über die wir an anderer Stelle berichteten. Papen sicherte unter anderem zu, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm so rasch wie möglich kommen solle. Ein Teil der Mittel solle durch Steuergutachteine aufgebracht werden, ein anderer Teil von den Gemeinden getragen werden an Stelle der Leistung der Wohlfahrtsfürsorge-Beiträge und ein dritter Teil von der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten gegeben werden. Man rechne je Arbeiter und Jahr 1500 Mark für Arbeitslohn und (!) Material. Positiven Bescheid habe der Reichskanzler — wie der Referent der Münchener Oberbürgermeister Dr. Schnarrnagl, erklärte — „selbstverständlich nicht“ geben können.

Der Reichskanzler hat Braun auf dessen Brief an Hindenburg eine Antwort erteilt, in der er Braun mitteilt, daß er ihm zu einer Aussprache über die in dem Brief an den Reichspräsidenten angeschnittenen Fragen zur Verfügung stehe. Die Besprechung hat am Freitag morgen stattgefunden.

Die Brauchtschen Personalschübe dauern an: Am Donnerstag ist der bisherige Regierungsdirektor Mosle zum Vizepräsidenten des Berliner Polizeipräsidiums ernannt worden. Außerdem wurden einige Beamte zu Landräten ernannt, die dieses Amt bisher nur vertretungsweise verwaltet hatten.

Frankreich in der Krise.

Material zum Nachdenken für deutsche Politikanten.

Das Steuer-Barometer.

Während der ersten sechs Monate des Haushaltsjahres 1932 betragen die Steuereinnahmen in Milliarden Francs:

	1931	Unterschied gegenüber 1931 (erste 6 Monate)
Einkommensteuer	4,65	- 1,88
Vermögenssteuern	2,79	- 0,46
Luxussteuern	0,76	+ 0,02
Alkohol und Pulver	1,13	- 0,13
Verbrauchssteuern	8,53	- 1,07
Staatsdomänen	0,09	- 0,02
Insgesamt	17,96	- 3,54

Das ist eine Verringerung der Steuereinnahmen um 16,5 Prozent, ein Rückgang, in dem die Wirkungen der Krise in Frankreich zum Ausdruck kommen. Bei weitem die stärkste Abnahme findet sich bei den Einkommensteuern, was natürlich daher rührt, daß man versucht, wenn die Zeiten schlecht sind, noch mehr als sonst die Zahlung der Einkommensteuer hinauszuzögern. Tatsächlich gibt es wohl kaum einen Franzosen, der seine Einkommensteuer auf die erste Aufforderung hin bezahlt.

Die Einnahmen aus Verbrauchssteuern sind um etwa 11 Prozent zurückgegangen; darin haben wir ein Maß für den Rückgang der Konsumtion, seitdem die Krise in Frankreich eine wirklich erhebliche Rolle spielt.

Lehren der Außenhandels-Statistik.

Während der ersten neun Monate des Jahres 1932 ist die Einfuhr nach Frankreich wertmäßig auf 22,2 Milliarden Francs und mengenmäßig auf 35,4 Millionen Tonnen zurückgegangen, die Ausfuhr aus Frankreich auf 14,6 Milliarden Francs und 17,3 Millionen Tonnen.

Gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 1931 handelt es sich um folgende Verringerungen des Außenhandels: Die Einfuhr ist wertmäßig um 34 Prozent gesunken, mengenmäßig um 22 Prozent. Die entsprechenden Zahlen für die Ausfuhr sind: 38 Prozent Abnahme im Werte und 24 Prozent Abnahme an Menge. Wie zu erwarten, sind Ein- und Ausfuhr dem Werte nach mehr gefallen als der Menge nach. Die Ausfuhr zeigt einen bedeutenderen Rückgang als die Einfuhr, doch ist bemerkenswert, daß im September die Ausfuhr eine leichte Zunahme gegenüber dem Vormonat zeigt, eine Erscheinung, die sich übrigens in jedem Jahr wiederholt.

Der Rückgang der Einfuhr entfällt vor allen Dingen auf die „zur Produktion notwendigen Güter“, wie der offizielle Ausdruck lautet. Dem Werte nach beträgt der Rückgang hier über die Hälfte, der Menge nach etwa ein Drittel. Von diesem Rückgang entfällt der größte Teil auf Kohle. Man darf also

Eine Grundlage der Krisenfestigkeit.

Einkommensverteilung gleichmäßiger als in Deutschland.

Das Finanzministerium veröffentlicht die Statistiken über Einkommensteuer für das Jahr 1931. Die Steuern, die im Jahre 1931 entrichtet wurden, beziehen sich auf Einkommen des Jahres 1930. Die uns zur Verfügung stehenden Ziffern sind also nicht sehr neu. Die Krise hat in Frankreich erst Ende 1930 eingesetzt, sodaß die Einkommensangaben für 1931 oder gar 1932 wohl nicht unerheblich geringer ausfallen werden. Dem muß man aber entgegenhalten, daß in Frankreich wohl niemand sein gesamtes steuerpflichtiges Einkommen den Behörden mitteilt, sodaß die uns zur Verfügung stehenden Zahlen in dieser Hinsicht kleiner sind, als es der Wirklichkeit entspricht.

Mit diesen Vorbehalten ergibt sich für die Einkommensverteilung in Frankreich folgendes Bild (Einkommen unter 10 000 Francs sind nicht steuerpflichtig):

Einkommensgruppe in Francs	Zahl der Steuerpflichtigen	Gesamteinkommen in Milliarden Francs
10 000— 20 000	1 043 409	15,45
20 100— 30 000	581 904	14,20
30 100— 50 000	332 336	12,53
50 100— 100 000	134 428	9,04
100 100— 200 000	40 550	5,50
200 100— 300 000	9 101	2,30
300 100— 500 000	5 584	2,09
500 100— 1 000 000	2 376	1,57
über 1 000 000	702	1,46
Insgesamt	2 150 390	64,14

Rund 50 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen beziehen je weniger als 20 000 Francs im Jahr und haben insgesamt etwas weniger als ein Viertel des gesamten steuerpflichtigen Einkommens.

Rund 90 Prozent der Steuerpflichtigen haben jeder nicht mehr als 50 000 Francs und zusammen fast genau zwei Drittel der in Betracht gezogenen Gesamteinkommenssumme.

0,1 Prozent der Steuerpflichtigen beziehen je mehr als 500 000 Francs und insgesamt 5 Prozent des gesamten steuerpflichtigen Einkommens.

Leider fehlen jegliche Angaben für die Einkommen unter 10 000 Francs, doch sieht man aus der Tatsache, daß nur 2 150 390 Personen in einem Lande von mehr als 40 Millionen Einwohnern veranlagt sind, daß die Zahl dieser kleinsten Einkommen nicht unbedeutend sein kann. In der Tat gibt es in Frankreich insgesamt mindestens 20 Millionen Einkommensbezieher.

Eine versuchsweise Vergleichung mit den Verhältnissen in Deutschland im letzten Jahre vor der dortigen Krise, also im Jahre 1928, lehrt etwa Folgendes:

5000 Personen bezogen dort im Jahre 1928 nach der Steuerstatistik je ein Einkommen, von mehr als 100 000 Reichsmark oder 600 000 Francs gegenüber 3000 Personen mit mehr als 500 000 Francs in Frankreich. Die Gesamtsumme dieser hohen Einkommen betrug in Deutschland 1 Milliarde Mark oder 6 Milliarden Francs, in Frankreich nur 3 Milliarden Francs.

In Deutschland gab es also vor der Krise sehr hohe Einkommen — und zwar noch mehr als dem Bevölkerungsunterschied entspricht — als in Frankreich, und diese Einkommen waren im Durchschnitt in Deutschland höher.

Leider erlauben die zur Verfügung stehenden Zahlen kein Urteil über die kleinen Einkommen. Denn in Deutschland wird die Grenze in der Gruppeneinteilung bei 1200 Mark

aus der Verringerung der Einfuhr von Produktionsmitteln keinen Schluß auf die Verringerung der industriellen Tätigkeit ziehen. Denn die Kohleneinfuhr ist hauptsächlich wegen der Kontingentierung zurückgegangen. Die Einfuhr von Industrieerzeugnissen ist dem Werte nach um mehr als die Hälfte zurückgegangen, mengenmäßig aber um weniger als ein Drittel, worin die von anderen Industrieländern in Frankreich getriebene Dumping-Politik zum Ausdruck kommt. Der geringste mengenmäßige Rückgang findet sich bei der Einfuhr von Lebensmitteln, ein Zeichen dafür, daß die

Kaufkraft der Massen in Frankreich nur langsam im Abnehmen begriffen ist.

In der Ausfuhr liegen die Verhältnisse ähnlich, nur daß dort die Industrieerzeugnisse und Lebensmittel auch der Menge nach stärker von dem Rückgang betroffen sind, eine Folge des starken Abnehmens der Kaufkraft in den Einfuhrländern.

Andauernder Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Im Oktober 1932 ist die Zahl der eingeschriebenen Erwerbslosen in Frankreich ununterbrochen zurückgegangen und zwar von 257 193 auf 247 592, also um fast 10 000 oder 4 Prozent.

Im Vorjahre stieg die amtliche Erwerbslosenzahl in der gleichen Zeitspanne von 39 369 auf 56 121.

Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt in Frankreich ist also in diesem Herbst deutlich umgekehrt wie im vorigen Herbst, als die Krise sich in diesem Lande zum ersten Male mit aller Härte fühlbar machte.

Im einzelnen ist die Zahl der eingeschriebenen Erwerbslosen wesentlich zurückgegangen in der Metallindustrie in Paris und der Textilindustrie im Norden, beides Veränderungen, die schon im Vormonat bemerkbar waren. Abgenommen hat die Erwerbslosigkeit auch in der Bekleidungsindustrie und der Lederindustrie in Paris, was wohl auf das Saisongeschäft vor Weihnachten zurückzuführen ist. Dagegen zeigt die Lebensmittelindustrie als einzige in Paris eine erhebliche Zunahme der Erwerbslosigkeit, eine Erscheinung, die mit dem Aufhören des sommerlichen Fremdenverkehrs zusammenhängen soll.

Gesamturteil:

Eine andauernde leichte Belebung der Wirtschaft, soweit man dies nach dem Grad der Erwerbstätigkeit beurteilen kann. Zweifellos gibt es auch unter den nicht eingeschriebenen Erwerbslosen eine Besserung, doch muß in Betracht gezogen werden, daß manche von ihnen zu Verwandten aufs Land zurückgekehrt sind, entweder um sich von ihnen durchhelfen zu lassen oder um selber in der Landwirtschaft mit Hand anzulegen.

Eine Grundlage der Krisenfestigkeit.

Einkommensverteilung gleichmäßiger als in Deutschland.

oder 7200 Francs gezogen; in Frankreich fängt die Statistik erst bei Einkommen von 10 000 Francs an. Damit fällt in Frankreich eine große Zahl von Einkommen aus der Untersuchung heraus, die in Deutschland noch in der Zahl der Einkommen über 1200 Mark mitenthalten ist.

Gerhard Kumleben (Paris).

Sinkende Rohstoffpreise.

Fast alle Rohstoffpreise waren seit Mitte des Jahres bis Anfang September kräftig gestiegen. Der inzwischen erfolgte Rückschlag ging nur in wenigen Fällen unter den Tiefpunkt von Mitte des Jahres. In vielen Fällen steht der Preis heute noch erheblich über ihm. Wie verschieden die Preisbewegung bei den einzelnen Waren verlaufen ist, zeigt die nachstehende Tabelle, die wir den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung entnehmen.

Preisbewegung seit Mitte 1932.

Ware und Markt	Tiefster Stand		Anfang Sept. '32		Anfang Nov.	
	am	Mark	am	Mark	am	Mark
Baumwolle, Bremen, 1 kg	10,6	0,56	0,95	0,68		
Baumwollgarn, Augsburg, 1 kg	29,6	1,14	1,49	1,23		
Krettonne, Berlin, 1 m	4,5	0,28	0,28	0,26		
Wolle:						
Kammzug Austral A, 1 kg	8,6	3,10	3,40	3,30		
Kammzug La Plata 2fach, 1 kg	8,6	3,15	3,40	3,30		
Flachs, Litauer ZK, 1 kg	20,7	0,39	0,46	0,49		
Leinengarn, Nr. 30 Ia, Berlin, 1 kg	27,7	2,59	2,64	2,61		
Rohseide, ital., Krefeld, 1 kg	20,7	16,40	17,80	16,—		
Hanf, Roh-, Füssen, 1 kg	24,8	0,61	0,64	0,69		
Jute, Roh-, Hamburg, 1 kg	8,6	0,22	0,29	0,22		
Kupfer, Elektr., Berlin, 100 kg	28,7	43,25	59,—	49,—		
Kupfer, Standard, Berlin, 100 kg	25,7	33,25	52,63	38,63		
Blei, Berlin, 100 kg	20,7	13,75	20,25	15,88		
Zink, Berlin, 100 kg	26,7	16,25	23,38	20,50		
Zinn, Hamburg, 100 kg	9,6	174,—	236,50	218,—		
Silber, Berlin, 1 kg	7,7	38,63	42,38	38,88		
Rindshäute, inl., Berlin 1/2 kg	18,5	0,17	0,26	0,22		
Rindshäute, inl., Frankfurt a. M., 1/2 kg	25,5	0,23	0,32	0,32		
Rindshäute, argent., Hamburg, 1/2 kg	8,6	0,32	0,46	0,40		
Kalbfelle, inl., Berlin, 1/2 kg	1,6	0,18	0,28	0,28		
Kalbfelle, inl., München, 1/2 kg	25,5	0,23	0,30	0,38		
Unterleder, Kern, Hamburg, 1 kg	4,5	2,80	3,—	3,20		
Oberleder, Boxkalf, Frankfurt am Main, 1 Quadratfuß	15,6	0,80	0,84	0,91		

*) Im allgemeinen der höchste Stand.

Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

16. Liste.	Dividende auf das Stammkapital	
	1931	1932 (in Prozent)
Amperwerke Elektrizitäts A.-G., München	7	7
Thüringische Elektrizitäts- und Gaswerke A.-G., Apolda	8 1/2	7 1/2*
Ueberlandzentrale Helmstedt	8	8
Aafa-Film A.-G., Berlin	10	8*
Hochfrequenz-Maschinen A.-G., Berlin	8	8*
Druckerei und Appretur Brombach A.-G., Brombach (Baden)	9	9
Wasserr- Elektrizitäts- und Gaswerke Wiesbaden	7	9
Pfälzische Pulverfabriken A.-G., St. Ingbert (Pfalz)	15	10
Mühle Rünigen A.-G., Rünigen	10	10

* Vorgeschlagen.

Teerfarben 1913 bis 1931.

Deutsche Produktion halbiert
USA Produktion verzehnfacht
Englische Produktion verfunftacht

Diese Angaben deuten die Entwicklung an, die sich auf dem Gebiet der Teerfarben vollzogen hat. Die Einzelheiten lehrt die nachstehende Tabelle:

Herstellung von Kohlenteeerfarben in Tonnen.

	1913	1925	1929	1930	1931
Deutschland	140 000	74 800	75 000	70 000	68 000
Großbritannien	4 134	14 829	25 304	19 319	21 764
Frankreich	1 000	16 054	16 431	15 950	—
Schweiz	10 000	8 165	11 044	9 090	8 500
Italien	2 023	6 910	6 992	5 800	5 400
Rußland	—	—	11 000	12 643	15 911
USA	3 000	39 165	50 540	39 227	*32 000
Japan	2 000	—	7 796	7 780	—

* Schätzung.

Vor dem Kriege war also die Schweiz der einzige ernsthafte Konkurrent der deutschen Teerfarbenproduzenten. Sie

hat ihren Produktionsumfang mit rund 10 000 Tonnen im Jahr unter Schwankungen aufrecht erhalten.

Die deutsche chemische Industrie ist von ihrer überwältigenden Vormachtstellung stark zurückgedrängt worden; sie steht aber immer noch weitaus an der ersten Stelle. In den Nachkriegsjahren, seit 1925, blieb ihr Produktionsumfang ziemlich gleich. Das Schwergewicht des Absatzes liegt, wie vor dem Kriege, im Auslandsabsatz. Die gegenüber 1913 halbierte Ausfuhrmenge konnte ungefähr dem Vorkriegswert angeglichen werden; die Schaffung verschiedener neuer wertvoller Farben hat den Exportwert bis rund 240 Millionen Mark ansteigen lassen; er ging allerdings 1931 auf 180 Millionen Mark zurück.

Wirtschaftspolitisch interessant ist, daß als Ursache für den Verlust der deutschen Vormachtstellung angegeben wird, daß während des Krieges wichtige deutsche Patente an das Ausland verloren gegangen sind. Die Vereinigung zahlreicher Patente in der Hand von wenigen Firmen — jetzt sogar einer einzigen: der I.-G.-Farben-Industrie — ist in der Tat die wichtigste Grundlage für Monopole auf dem Gebiet der chemischen Produktion. H. H.

ENGLAND

Arbeitslosigkeit nimmt ab: Am 24. Oktober wurden 2 747 000 Arbeitslose gezählt, 11 000 weniger als Ende September.

Beschäftigung steigt: Am 24. Oktober waren ungefähr 9 397 000 versicherte Personen im Alter von 16 bis 64 Jahren in Großbritannien beschäftigt, 216 000 mehr als einen Monat zuvor.

KANADA

Ein Inflationsexperiment: Die Regierung hat 35 Millionen Dollar Schatzscheine, mit 4 Prozent verzinslich, fällig in zwei Jahren, ausgegeben. Sie wurden an die Banken verkauft, die der Regierung den Kaufpreis gutschrieben. Die Banken brachten die Schatzscheine prompt der Regierung zurück, die sie diskontierte und den Banken 30 Millionen Dollar in Noten gab. Der den Banken berechnete Zinsfuß beträgt nur 3 Prozent. Die Regierung leugnet nicht, daß es sich um ein Inflationsexperiment handelt.

Der kanadische Dollar fällt. Früher kostete ein kanadischer Dollar so wie der USA-Dollar 4,20 Mark. Am 1. November kostete er noch 3,81 Mark, am 10. November nur noch 3,67 Mark. Beabsichtigt die Regierung den Dollar sinken zu lassen bis auf das alte Austauschverhältnis mit dem Pfund? Man behauptet, daß nur dann Kanada aus dem Handelsabkommen von Ottawa genügend Vorteil ziehen kann.

FRANKREICH

Arbeiterproduktivgenossenschaften. Nach einer kürzlich veröffentlichten, wahrscheinlich unvollständigen Erhebung gab es im vorigen Jahre in Frankreich 584 Produktivgenossenschaften der Arbeiterschaft. Von diesen entfallen 31 auf die Bekleidungsindustrie, 49 auf die Metallverarbeitung, 250 auf das Baugewerbe, 31 auf die Industrie von Glas und Porzellan, 56 auf Druckereien, 26 auf das Transportwesen. Leider haben nicht alle von ihnen die Zahl der Mitglieder angegeben. Für die Genossenschaften, die Angaben gemacht haben, ergibt sich eine Durchschnittszahl von nur 23 Mitgliedern. Mit der gleichen Einschränkung in bezug auf Vollständigkeit ergibt sich ein durchschnittlicher Jahresumsatz von rund 100 000 Francs pro Genossenschaft.

SCHWEIZ

70 Millionen Franken Fehlbetrag im Staatshaushalt: In dem nunmehr vom Bundesrat genehmigten Staatshaushalt für 1933 sind die Ausgaben mit 444 Millionen, die Einnahmen mit 374 Millionen Franken eingesetzt. Beschlüsse über die Deckung des Fehlbetrages von 70 Millionen Franken (56 Millionen Mark) sind noch nicht gefaßt worden. — Eine Ausgabensteigerung weist inmitten der Krise der Militärhaushalt auf: Die Ausgaben stiegen von 9,6 Millionen Franken im Jahre 1932 auf 91,8 Millionen Franken, insbesondere wegen Mehraufwendungen für die Ausrüstung der Armee.